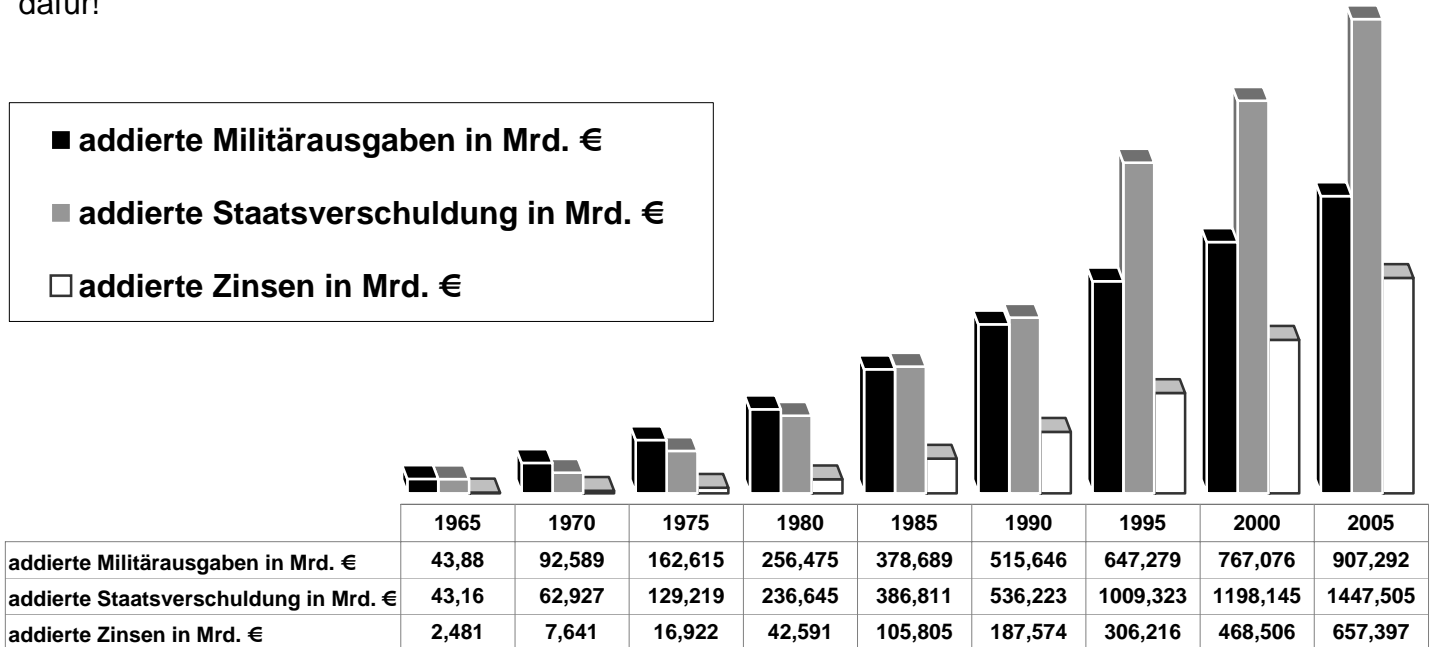


Vom Wirtschaftswunderland zum "Sanierungsfall" Deutschland !

Schon 1965 - gerade 10 Jahre nach der Remilitarisierung - hatte Deutschland schon wieder Rüstungsausgaben von umgerechnet **43,880 Milliarden Euro** angehäuft.

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lagen die addierten Militärausgaben aller Jahre mit einer **halben Billion Euro** sogar schon über der gesamten Staatsverschuldung, inklusive der Zinsen dafür!



Grafik: www.buendnis-zukunft.de 090706/bauer

Bitte bedenken Sie weiter:

...die Militärausgaben betragen 76,831 Millionen Euro t ä g l i c h !

...die Zinslasten kosten bereits 103,502 Mio. Euro t ä g l i c h !

...die Staatsverschuldung wächst t ä g l i c h um 136,636 Millionen Euro !

(Quelle: Stat. Bundesamt, Finanzbericht 2006)

Das Sozialprodukt eines Landes kann nur einmal ausgegeben werden.

Deshalb müssen die Militärausgaben und die dafür angefallenen Kreditzinsen als die eigentlichen Verursacher der Staatsverschuldung angesehen werden. Eine Politik des Ausgleichs hätte diese Kosten vermieden. Spätestens aber der Zeitpunkt der Wiedervereinigung hätte zur Abrüstung genutzt werden müssen. Stattdessen werden jetzt angeblich Eurofighter, Raketen, Militärtransporter, U-Boote Fregatten u.ä. zur „Terrorbekämpfung“ gebraucht.

Die Privatisierungserlöse aus dem Ausverkauf des Bundesvermögens, rigoroser Sozialabbau und Steuererhöhungen für Ärmere verzögern den Staatsbankrott nur noch etwas !

Weiter so Deutschland ?

Hier noch der aktuellste Sanierungsplan:

Der Bund will seinen gesamten Wohnungsbestand für 8,3 Milliarden Euro verkaufen. Das ist exakt die Summe, die für 60 Militärtransporter "A 400" ausgegeben wird.

(Zahlen und Quellen für die einzelnen Jahre senden wir Ihnen gegen 3 Euro in Briefmarken zu.)

- W E I T E R V E R B R E I T U N G E R W Ü N S C H T -

"Bündnis für die Zukunft", pazifistische Partei, gegr. 11. August 2001

www.buendnis-zukunft.de

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

Die umseitige Grafik nach Quellen des statistischen Bundesamtes ist eine verheerende Bilanz von 60 Jahren deutscher Nachkriegs-Finanzpolitik.

Weder Massenmedien, Gewerkschaften noch die Oppositionsparteien fordern sofortige Konsequenzen gegen diesen drohenden Finanz-Kollaps. Dabei ist absehbar, dass **sowohl die jährlichen Zinszahlungen als auch die jährlichen Militärausgaben** schon alleine zum Staatsbankrott führen müssen.

Dazu der frühere Finanzminister Eichel am 9. 11. 2000 :

- **„Wir tilgen überhaupt nichts. Seit Jahrzehnten nicht eine einzige Mark. Wann immer ein Kredit fällig wird zur Rückzahlung, nehmen wir einen neuen Kredit auf, um den alten abzulösen. Wir bauen Schulden auf Schulden und nehmen Kredite am Schluss auf, um die Zinsen für die Schulden bezahlen zu können.“**

Auch Kanzlerin Merkel sind diese Zusammenhänge bestens bekannt.

Noch am 7. 9. 2005 erklärte sie im Bundestag :

- **„Schon heute zahlen wir in jedem Jahr fast 40 Milliarden Euro Zinsen im Bund. Das ist eine Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generationen. Das ist die Wahrheit!“**

Obwohl die Regierungspolitiker wissen wo „Reformen“ erforderlich sind, soll die „Haushaltssanierung“ nur durch fortgesetzten Sozialabbau, durch „Privatisierungserlöse“ und durch Steuererhöhungen, die hauptsächlich Ärmere treffen, erfolgen. Wie die umseitigen Zahlen belegen - ein vergeblicher Versuch !

Allein der „Privatisierungserlös“ aus dem Verkauf des gesamten Wohnungsbestandes des Bundes wird innerhalb von 81 Tagen als Zins in die Taschen der Geldverleiher fließen! Der verbliebene Rest unseres Gemeinwesens wird so zu Schleuderpreisen ausverkauft !

Bitte konfrontieren S i e die etablierten Parteien und deren Mandatsträger mit diesen Zahlen und fragen sie nach den Lösungen für dieses Problem.

Gewerkschaften, Kirchen, Sozialinitiativen u. a. müssen gemeinsam

- für die Beendigung der Vermögensumverteilung durch Zins und Zinseszins
- und für den massiven Abbau der Militärausgaben als Hauptbestandteil der Staatsverschuldung **eintreten.**

Leistungslose Kapitaleinkommen sind legalisierter Diebstahl!

Unterstützen Sie das **„Bündnis für die Zukunft“** durch ihre aktive Mitarbeit und Mitgliedschaft, damit die überfällige Reform des Geldwesens politisch realisiert werden kann.

- Der Bundesvorstand -

„Bündnis für die Zukunft“, pazifistische Partei, gegr. 11. August 2001

www.buendnis-zukunft.de

+ K O N T A K T E + K O N T A K T E + K O N T A K T E +

Thomas Bauer Leinaustr.3 D-30451 Hannover thomasbauer@buendnis-zukunft.de

- für weitere Kontakte -

Werner Kuhn Linnenkampstr.42 D-49549 Ladbergen wernerkuhn@buendnis-zukunft.de

Hans-Joachim Werner

hjwerner@buendnis-zukunft.de

Mitunterstützer:

Alternative Dritter Weg - A3W - www.alternativen.biz

Georg Otto - Gänseberg 11 - D-31079 Eberholzen - alternative-dritter-weg@t-online.de